

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 72

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver
Samstag, den 25. März 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Bre.
40 Bsp., auswärts 50 Bsp., im Reklameteil 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Die heutige Ausgabe umfaßt 6 Seiten und
die Unterhaltungsbeilage.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reichsregierung wird auf die Note der Reparationskommission hin zunächst einige Rückfragen nach Paris richten.
- * Die deutsche Regierung protestierte in einer Note an die Völkervereinigung gegen den ungenügenden Schutz, den die Deutschen in Oberschlesien bei der Interalliierten Kommission finden.
- * Der Reichsverband der Deutschen Presse wendet sich in einem Aufruf gegen jede Sonderbesteuerung der Zeitungen und gegen die hohen Papierpreise.
- * Die Londoner Sachverständigenkonferenz entschied sich für den Abschluß eines Vertrages zur Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland.
- * Der amerikanische Botschafter in Paris überreichte Poincaré die Note seiner Regierung wegen der Verzögerungen.

Auf schiefer Ebene.

Seit Jahren bemühen wir uns in Deutschland, den unerfüllten Forderungen nachzukommen, die seinerzeit in Versailles gegen uns aufgestellt und im Londoner Ultimatum vor fast einem Jahre ziffernmäßig fixiert wurden. Oft und eindringlich haben die Sachverständigen aus allen maßgebenden und wirtschaftlich bedeutenden Staaten, auch in den Reihen des Bundes unserer Gegner selbst nachgewiesen, daß ohne eine vernünftige Herabsetzung der ungeheuerlichen Schuldsomme und ohne ein verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen den früheren Kriegsgegnern nicht nur Deutschland von jedem Wiederaufstieg und damit auch von der Möglichkeit zur Bezahlung der ihm auferzwungenen Schulden ferngehalten wird, sondern auch die Gläubiger selbst ihre Sorgen nicht loswerden können. Ebenso oft aber sind von den ausschließlich politisch und nicht wirtschaftlich denkenden Gewalthabern, die im Reparationsausschuß in Paris und im Obersten Rat beieinander sitzen, alle derartigen Erwägungen in den Wind geschlagen und die ursprünglichen Forderungen immer mit erneuter Hartnäckigkeit bekräftigt worden. Auch jetzt soll es so weiter gehen. Der Sinn der neuen Note der Reparationskommission, die von einem langen Briefe an den Reichskanzler begleitet war, ist nichts anderes, als daß jenes unfähige Londoner Ultimatum in seinem vollen Umfange aufrechterhalten und nur für dieses Jahr — und auch das nur unter vielen Vorbehalten — um einen Bruchteil vermindert wird, der uns jedoch keineswegs genügt, sondern nur gestundet werden soll. Während nämlich nach dem Londoner Zahlungsplan für das Jahr 1922 über 3 Milliarden Goldmark zu entrichten gewesen wären, bleibt nunmehr eine Gesamtleistung von 2170 Goldmark für dieses Jahr übrig, die zu etwa einem Drittel in bar und zu zwei Dritteln in Sachleistungen zu erstatten ist.

Der Unterschied ist also so gering und übersteigt vor allen Dingen das, was wir selbst als äußerste Möglichkeit der Bezahlung auf Grund unserer wirtschaftlichen Lage angeben haben, so weit, daß von irgendwelcher nennenswerten Erleichterung gegenüber dem unmöglichen Londoner Ultimatum nicht die Rede sein kann. Die Sinnlosigkeit der neuen Forderung liegt vor allem darin, daß sie ohne jede Rücksicht auf die inzwischen stattgefundenen wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung aufgestellt worden ist. Das Verhältnis der Papiermark zu der für die Zahlung an die Entente allein maßgebenden Goldmark hat sich in den letzten Monaten dermaßen verschlechtert, daß die gesamte schwierige, monatelange Arbeit an dem neuen Steuerprogramm sich heute schon als vollkommen überholt und in ihrem Ergebnis als gänzlich unzureichend herausstellt, obwohl sie doch nach übereinstimmendem Urteil aller am Steuerkompromiß beteiligten Parteien das Höchstmögliche ist, was man gemeinsam für eben noch erträglich hielt. Um die Differenz zwischen dem neuen deutschen Finanzplan und den weit darüber hinausgehenden Forderungen der Entente einigermaßen auszugleichen, verlangt die Reparationskommission von uns, daß wir binnen zwei Monaten neue Steuern in einem Gesamtbetrage von 60 Milliarden Papiermark durch den Reichstag bewilligen lassen. Wie wir sie aufbringen sollen, dafür läßt uns die Kommission selbst sorgen, aber sie will dann um so energischer kontrollieren, wie wir das anfangen werden.

In seltener Einmütigkeit sind sich Regierung, Parteien und öffentliche Meinung darüber klar, daß es so nicht geht. Der nächste Gedanke, der daraus folgt, ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre die Befürchtung einer neuen Regierungskrise. Sehr rasch hat sich jedoch die Erwägung eingestellt, daß zunächst einmal genau geprüft werden muß, inwieweit durch Verhandlungen mit der Reparationskommission eine Abänderung des neuen Diktates erzielt werden kann, und weiterhin, durch welche Mittel es möglich sein würde, dem weiteren Abgleiten auf der schiefer Ebene, auf der uns die Hartnäckigkeit der Reparationskommission ökonomischen und politischen Zuständen entgegensteht, Einhalt zu tun. Daß wir, wenn die Entente nicht einlenkt, um eine Krise von unabsehbaren Folgen nicht herum kommen, davon ist man nicht nur bei den rechtsstehenden Parteien überzeugt. Man sieht voraus, daß der anhaltende Marksturz, der durch solche Diktate natürlich nur beschleunigt werden kann, eine immer weiter am sich greifende Verelendung der Bevölkerung nach sich zieht, und ein rechtsstehendes Blatt prophezeit, daß wir auf diesem Wege einer zweiten Revolution entgegengehen, gegen die der Umschwung vom 9. November nur ein Kin der Spiel gewesen sei. Einen Weg zur Erfüllung der gegnerischen Forderungen sieht niemand. Selbst die Unabhängigen erklären es als sehr fraglich, ob die Forderung der hohen Grunderwerbssteuern in der von der Entente ver-

langten Frist erfüllbar ist. Eine mittelparteiliche Stimme will einen Ausweg darin suchen, daß uns von Jahr zu Jahr neue Anleihen gegeben werden, mit denen wir die fälligen Schuldsummen decken, während wir für die Anleihen selbst auf längere Zeit nur die Zinsen und die Amortisationsraten aufzubringen hätten. Das ist aber gerade ein Vorschlag, der eine grundsätzliche Wandlung in der Stellungnahme der Alliierten zur Vorauszahlung hat.

Die neue Note stellt sich wieder einmal als ein Sieg der französischen Wünsche über die Anschauungen der englischen und italienischen Mitglieder der Reparationskommission dar. International gesehen, kann seine Wirkung im Augenblick zunächst nur ein Sabotage der von den Franzosen ohnedies nicht gern gesehenen Konferenz von Genoa bedeuten. Innerpolitisch wirkt uns diese Forderung wieder auf denselben Punkt zurück, an dem wir vor Monaten die schwierige Steuerarbeit begannen. Nur, daß wir jetzt ein großes Stück tiefer auf der schiefer Ebene stehen als damals und die neue Arbeit eines Verständigungsversuchs mit den Alliierten und eines Versuchs zur Aufbringung neuer Lasten unter weit ungünstigeren Voraussetzungen in Angriff nehmen müssen.

Beunruhigung in Amerika.

Die amerikanischen Regierungskreise sind über die Note der Reparationskommission mit Bezug auf die deutschen Zahlungen und die Kontrolle in Deutschland beunruhigt, weil sich daraus Folgen für die Stellung Amerikas gegenüber Deutschland ergeben könnten. Man ist der Auffassung, daß die Reparationskommission in Deutschland ansetzende eine sehr weitreichende Kontrolle errichten wolle, die auch dazu führen könne, die amerikanischen Interessen zu beeinträchtigen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Gern Wiesfeldt zum Geleit.

Die amtliche Berliner Veröffentlichung über die Ernennung des Geheimrats Dr. Wiesfeldt zum Botschafter in Washington hebt hervor, daß die Regierung mit dieser Ernennung den vielfach geäußerten amerikanischen Wünschen, daß für diesen Posten ein hervorragender Vertreter des deutschen Wirtschaftslebens in Aussicht genommen werden möge, Rechnung getragen habe. Anders klingen die Ansichten aus Paris. Dort wird die Ernennung als ein Zeichen für die Politik angesehen, die Deutschland in Amerika treiben will. Deutschland habe die Absicht, in Amerika wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung zu suchen, um die Bedingungen zu beseitigen, die ihm durch den Vertrag von Versailles auferlegt worden sind. „Echo de Paris“ glaubt sogar, daß diese deutschen Pläne in Amerika einen gut vorbereiteten Boden finden würden.

Die Erhöhung der Gütertarife.

Die Erhöhung im Eisenbahn-Güterverkehr, die zum 1. April in Aussicht genommen ist, wird zunächst in Form eines Zuschlags zu den vor dem 1. Februar geltenden Beförderungsätzen erhoben. Da der am 1. Februar eingeführte Zuschlag 30 Prozent betrug, wird jetzt auf die Güter, die am 1. Februar gültig waren, ein Zuschlag von 70 Prozent erhoben. Die Erhöhung umfaßt nicht nur sämtliche Frachten der Güter, Tier- und Ausnahmefracht, sondern auch die Mindest- und Sonderfrachten, die Nebengebühren und die örtlichen Übergangs-, Umlade- usw. Gebühren.

Aufrücken mittlerer Beamten in Preußen.

In den Verwaltungsbereich des preussischen Ministeriums des Innern sind bisher elf mittlere Beamte in der Provinz und sechs mittlere Beamte in der Zentralbehörde zu Regierungsräten befördert worden; von den letzteren sind drei bereits zu Ministerialräten aufgerückt. Weitere zwölf Anträge des Ministeriums des Innern auf Beförderung mittlerer Beamten zu Regierungsräten unterliegen noch der Beurteilung des Finanzministeriums.

Deutsch-Osterreich.

× 200 Milliarden in den Schornstein! Der Nationalrat hat das Gesetz über die Verwendung der von England, Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei an Österreich gewährten Kredite angenommen. In der Debatte kündigte der Finanzminister eine Reihe von neuen Steuern und Gebührenerhöhungen an, deren Ertragnis für das Jahr auf rund 200 Milliarden Kronen geschätzt wird. Davon hat allerdings der arme österreichische Staat keinerlei Gewinn, sondern diese Riesensumme dient nur dazu, um die Steigerung auszugleichen, die das Budget durch die letzten Kurstverluste erfahren hat.

Frankreich.

× Attentat auf den chinesischen Gesandten. Der chinesische Gesandte in Paris, Chen-Lu, wurde, als er sich kurz nach Mitternacht in Begleitung seiner Frau und eines befreundeten Ingenieurs im Auto nach Hause begab, durch eine auf ihn abgefeuerte Revolverkugel am Kopf verletzt. Der Gesandte mußte in ein Krankenhaus gebracht werden, wo die Kugel durch eine Operation entfernt wurde. Der Attentäter, der chinesische Student Li Ho Ling, der sich selbst der Polizei stellte, erklärte über die Gründe zu seiner Tat, der chinesische Gesandte in Paris habe sich gegen die Chinesen in Paris zu wenig wohlwollend gezeigt. Die Chinesen in Paris lebenden chinesischen Studenten haben nämlich von der Gesandtschaft eine Unterstützung von fünf Frank täglich erhalten, deren Auszahlung seit kurzem verweigert wurde.

Marokko.

× Neue Kampfvorbereitungen. Nach einer Sabotage-Meldung aus Rabat bereiten sich die Stämme des nicht unterworfenen Gebietes mit der Rückkehr der alliierten

Jahreszeit zu neuen Kämpfen vor. In Südmarokko sind Sendboten der Aufständischen tätig; im Gebiet von Marrakech sammeln die Aufständischen Hilfstruppen. Im Bezirk von Mekka nahmen die spanischen Truppen zwei neue marokkanische Stellungen nach heftigem Widerstand, zu dessen Überwindung Tausend eingesetzt werden mußten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Dem Reichstage ist der Entwurf einer Schlichtungsordnung zugegangen. Der Entwurf ist sehr umfangreich. Er umfaßt 126 Paragraphen und enthält auf über 100 Seiten eine ausführliche Begründung.

Memel. Nachdem vor einigen Tagen die sozialistische Memeler Volksstimme wegen Veröffentlichung von Karikaturen Poincarés und französischer Generale verboten worden ist, ist jetzt der Schriftleiter des Blattes, Stahl, ausgewiesen worden. Das Gewerkschaftsamt beschloß als Protest eine Urabstimmung über einen eventuellen Generalstreik vorzunehmen.

Deutscher Reichstag.

(124. Sitzung.)

CR. Berlin, 23. März.

Zuerst wurde der Vertrag zum Abschluß der endgültigen Donauakte dem auswärtigen Ausschuss überwiesen, und dann ging man zur zweiten Beratung des

Kohlensteuergesetzes

über. Die bisherige Kohlensteuer soll nach der Regierungsvorlage von 20 Prozent auf 40 Prozent erhöht werden. Der Ausschuss erklärte sich damit einverstanden. Die Deutschnationalen beantragten 30 Prozent, die Unabhängigen wollen die Hausbrandkohle für Personen unter 50 000 Mark Jahreseinkommen steuerfrei lassen.

Staatssekretär Japs erklärte, daß die Regierung bereit sei, in einzelnen Fällen bestimmten Industrien bei besonderen Wirtschaftsbedürfnissen Steuerfreiheit zu gewähren.

Abg. Leopold (Deutschnat.) empfahl den deutschnationalen Antrag. Die Annäherung der Kohlenpreise an den Weltmarktpreis sei erst möglich, wenn sich die deutsche Wirtschaft konsolidiert habe. Jetzt würden 40 Prozent Kohlensteuer nur zu einer untragbaren Verelendung der Produktion führen. Leider sei die erstrebte Verbilligung des Hausbrandes für die ärmere Bevölkerung praktisch nicht durchführbar.

Abg. Mehrhoff (U.-Soz.) erklärte, nach den bisherigen Erfahrungen ist es zu erwarten, daß durch die Erhöhung der Kohlensteuer eine sehr scharfe Preissteigerung und sehr großer Preisdruck eintreten wird. Deswegen haben wir unsern Antrag über die Freilassung der Hausbrandkohle gestellt.

Abg. Fröhlich (Komm.) bekämpfte die Vorlage. Die ganze Steuererhöhung sei eine wahre Putscharbeit und nimmere auch schon über den Haufen geworfen durch die Note der Reparationskommission. Die 60 Milliarden neuer Steuern sollen bis Ende Mai unter Dach und Fach sein. Wie wollen Sie angesichts dieser Forderung Ihre Steuerpolitik beibehalten?

Der Hausbrand.

Abg. Pöfker (Soz.) stellte fest, daß die Vergarbeiterlöhne in demselben Verhältnis wie die Kohlenpreise gestiegen sind. Die Verbilligung des Hausbrandes sei leider wegen der daraus für die Kohlenlieferung an Frankreich entstehenden Folgen nicht durchführbar. Die innenpolitische Lage macht leider die Erhöhung der Kohlensteuer auf 40 Prozent unvermeidlich.

Abg. Lind (Deutschnat.) wies auf die schädlichen Wirkungen hin, die eine hohe Kohlensteuer auf die Erzeugung der künstlichen Düngemittel ausüben müsse.

Abg. Jünich (Zentrum) betonte, die Erhöhung der Kohlensteuer wird uns gegen unseren Willen aufgezwingen.

Abg. Graf von Kanitz (Deutschnat.) begründete eine Entschließung, wonach die Regierung einen Gesetzentwurf zur Unterstützung des schwer leidenden ostpreussischen Wirtschaftslebens vorlegen soll.

Abg. Koenen (Komm.) verlangte Steuerfreiheit für den Hausbrand.

Abg. Hamn (Demokrat) stimmte in einer kurzen Erklärung der Vorlage zu, die dann nach den Ausschussanträgen mit der Änderung angenommen wurde, daß die Steuererhöhung am 1. April in Kraft treten soll.

Angenommen wurde auch die Entschließung zur Unterstützung Ostpreußens. Alle weiteren Änderungsanträge wurden abgelehnt. Während dieser Abstimmung kam es zu

Lärmenden Auftritten.

weil die Abgeordneten Fröhlich und Höllein (Komm.) nach geschlossener Aussprache noch das Wort verlangten und der den Vorsitz führende Vizepräsident Dietrich es ihnen verweigerte. Der Abg. Höllein beantwortete die Wortverweigerung mit lauten Verwünschungen gegen den Präsidenten und die Mehrheit. Deswegen wurde er zweimal zur Ordnung gerufen.

Nunmehr kam man zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Leuchtmittel-, Bier- und Tabaksteuer. Bei den Auseinandersetzungen darüber kamen die Abgeordneten Koenen (Komm.) und Dr. Levi (Komm. Arbeitsgemeinschaft) abermals auf die Wortverweigerung zu sprechen, gegen die der Abg. Höllein protestiert hatte.

Neuer Sprung des Dollars.

Zeitweise über 330.

Die Note der Reparationskommission an die deutsche Regierung über die Bedingungen und Garantien für den Zahlungsausschuß hat wieder eine schieferhafte Aufwärtsbewegung des Dollarkurses herbeigeführt. An der Berliner Donnerstagbörse erreichte der Dollar bei stürmischer Nachfrage zeitweise eine Höhe von 331 bis 334 Mark, um schließlich amtlich mit ungefähr 327 festgesetzt zu werden. Auch die übrigen fremden Zahlungsmittel stiegen dementsprechend, während das inländische Effektengeschäft ziemlich still blieb.

Begfall der Inzeratensteuer.

Dafür zwei Prozent Umsatzsteuer.

Der Plan der vielmehreren, eine Sonderbesteuerung des Zeitungsgewerbes darstellende Inzeratensteuer ist fallengelassen worden. Am Reichstage wurde bei dem

Vorgang der Beratungen über das Steuerrumprecht. Die Inflationsteuer abgelehnt: Die Steuer sollte nach der Vorlage eine Staffelung der Sätze bis auf vier Prozent nach oben je nach Umsatz erhalten. Die Deutschnationalen hatten einen Antrag eingebracht, die Inflationsteuer für die ersten 200 000 Mark des vierteljährlich vereinnahmten Entgelts auf 1 Prozent, für die nächsten 200 000 Mark auf 1½ Prozent zu bemessen. Darüber hinaus sollte eine zwei-prozentige Besteuerung eintreten. Der Antrag wurde abgelehnt. Dafür gelangte ein Antrag des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei mit den Stimmen einiger Deutschnationaler, der Volkspartei, Demokraten und des Zentrums zur Annahme, der

die besondere Inflationsteuer beseitigt und durchweg zwei Prozent Umsatzsteuer dafür ansetzt.

Mehrheitsfraktionen und Bayerische Volkspartei stimmten geschlossen gegen den Antrag, den die Reichsfraktionen nur infolge eines Verfehlers unterzeichnet hatten. Ob diese Umsatzsteuer für die kleineren Zeitungen zu tragen sein wird, ist eine andere Frage, zumal sie gegenüber den größeren Blättern insofern benachteiligt werden, als sie mit der gleichen prozentualen Steuerquote auch bei dem kleinsten Umsatz belastet werden wie die Riesenzentren.

Der übermäßige Papierpreis.

In Berlin fand im Reichstagsgebäude eine Besprechung statt, an der Vertreter aller Parteien der Verlegerorganisationen und des Reichswirtschaftsministeriums teilgenommen haben und die die Frage der Papierpreise behandelte. Es wurde dabei der Umstand besprochen, daß vom 1. April ab eine weitere ganz ungeheuerliche Zunahme der Papierpreise, etwa von 8 auf 13 Mark droht, und es wurden die daraus sich ergebenden Gefahren für die Überforderung der deutschen Presse mit ausländischem Kapital, das Eingehen vieler kleiner und mittlerer Zeitungen und eine damit verbundene starke Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe behandelt. Die Verlegerverbände ersuchen das Reichswirtschaftsministerium und die Parteivertreter, sofortige Abhilfemaßnahmen im Reichstage zur Annahme zu bringen, von denen besonders ins Auge gefaßt wurden: 1. eine Ausfuhrsteuer für deutsches Papier, 2. soweit die Ausfuhr noch genehmigt wird, eine Verrechnung von Auslandsgewinnen auf die Inlandspreise, 3. eine öffentliche Bewirtschaftung des Papiers und aller zum Papier gehörigen Rohstoffe.

Die einzelnen Parteien werden sich in Fraktionsitzungen mit diesen Vorschlägen befassen und der Reichstagspräsident Doebbe hat zugesagt, daß wegen der Dringlichkeit die Frage in der nächsten Woche im Reichstage zur Entscheidung gebracht werden soll.

Der Raub der Weichseldörfer.

Rundgebungen der Bevölkerung.

In sämtlichen Ortschaften der Marienwerder Niederung fanden Kundgebungen gegen den Spruch der Interalliierten Grenzfestsetzungskommission, die damit verbundene Zerreißung des Reichsverbandes und die Auslieferung von fünf deutschen Weichseldörfern an die Polen statt. Auch Marienwerders selbst und aller Orte des ehemaligen Abstammungsgebietes hat sich eine große Erregung bemächtigt. Das Volk fordert den durch Artikel 97 des Friedensvertrages garantierten Zugang zur Weichsel und Beachtung der Artikel 28 und 30, nach denen nur die Mitte der Hauptfließlinie der Weichsel als Grenzlinie in Frage kommen kann.

Die Polengestirne auf Ostpreußen.

Der Provinziallandtag in Königsberg hat einstimmig folgende von sämtlichen Parteien, einschließlich der Kommunisten, unterstützte Erklärung angenommen: Der Herr Oberpräsident hat bei Eröffnung des Provinziallandtages als Vertreter der Staatsregierung behauptet, daß Ostpreußen nicht willens sei, das Schicksal des Wilnaer Landes zu teilen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die gegen Ostpreußen gerichteten Pläne nicht allein bei einzelnen Schwärmern bestehen, sondern Gemeingut weiter Kreise in Polen sind. Demgegenüber erklärt der ostpreussische Provinziallandtag, daß die gesamte ostpreussische Bevölkerung in dem festen Willen einig ist, die Auslieferung der gekennzeichneten Pläne nicht zu dulden.

Versäumte Schutzpflicht.

Neue deutsche Note über Oberschlesien.

Ingeachtet der unverantwortlichen Nachlässigkeit und Bösartigkeit, mit der die Interalliierte Kommission in Oppeln den ihrer Oberhoheit unterstellten Deutschen den notwendigen Schutz versagt, hat die deutsche Regierung in einer Note an die Völkervereinigung im Anschluß an die Ermordung des Polizeiwachmeisters Rüfenberg gegen diese Zustände Protest erhoben. Die deutsche Regierung erhebt vor allem dagegen Widerspruch, daß die Völkervereinigung und ebenso die Interalliierte Kommission behaupten, daß der deutschen Regierung das Recht fehle, sich des Schicksals der Deutschen im Abstammungsgebiet anzunehmen. Die Rechte und Pflichten der Interalliierten Kommission bestimmen sich ausschließlich nach dem Verträge von Versailles. Als Vertragspartei hat Deutschland ein unstrittbares Recht, seinerseits von der Interalliierten Kommission die Erfüllung ihrer Vertragspflichten zu fordern. Die deutsche Regierung kann um so weniger darauf verzichten, ihre Forderungen auf baldige befriedigende Regelung des Falles Rüfenberg auch bei der Völkervereinigung geltend zu machen, als eine große Anzahl anderer Fälle vorliegt, in denen Deutsche an Gesundheit und Eigentum geschädigt worden sind, ohne daß sie Schutz und Unterstützung bei der Interalliierten Kommission gefunden hätten. Dieser Note der deutschen Regierung ist eine Anlage beigelegt, in der sechs noch unerledigte Fälle von Schädigungen Deutscher in Oberschlesien angeführt sind.

Sotales und Provinzielles.

Halver, den 25. März 1922

Abzuschlagen verstehen. Man darf nicht alles bewilligen, um das man gebeten wird. Wir ärgern uns über die allgemeinen Zustände und wünschen ihre Änderung, wenn dann aber die Notwendigkeit an uns herantritt, etwas Unangenehmes zu tun, trösten wir uns wohl mit der Geringfügigkeit des Objektes und lassen fünf gerade sein. Unangenehm ist es immer, eine Bitte abzuschlagen zu müssen, aber wir dürfen nicht unterstützen, was wir für falsch halten. Man muß die Straß haben, seine persönliche Meinung auszudrücken. Nicht allein und nicht alles darf man zugeben. Rechtzeitig zu verjagen, ist ebenso wichtig, wie rechtzeitig zu gewähren. Besonders wer die Macht hat, sollte sich dies gesagt sein lassen. Es kommt auf die Art an, wie beides geschieht. Das Nein des einen wird höher geschätzt als das Ja mancher anderen; ein wohlwollendes Nein befriedigt mehr als ein widerwilliges Ja. Aber es gibt auch Leute, die grundsätzlich alles ablehnen, um es nach

her noch zu bewilligen. Die werden wenig Freude mit ihrem nachträglichen Ja machen, denn man schämt es nicht mehr, weil es durch das Nein verleidet ist. Man soll nichts gleich rund abschlagen, sondern soll versuchen, den Bittsteller von seiner Selbsttäuschung zu überzeugen. Eine nach reiflicher Überlegung ausgesprochene Ablehnung muß aber aufrechterhalten werden, andernfalls wird es später schwer gelingen, denselben Bittsteller endgültig abzuweisen. Es ist ein heißes Thema, besonders in heutiger Zeit. Not und Elend und wirkliche Hilfsbedürftigkeit haben wir genug, und es erscheint hart, unter solchen Umständen manche Bitte abzuschlagen. Aber wir wissen, daß Mitleid und Freigebigkeit nie so schamlos mißbraucht wurden wie jetzt. Deshalb erfüllen wir eine dringende Pflicht gegen die Allgemeinheit, wenn wir uns nicht gedankenlos mißbrauchen lassen, denn Müßiggänger und Betrüger müssen erfahren, daß wir weder auszunutzen, noch einzuschüchtern sind.

Ansprüche von Chinadeutschen. Alle Personen, die vor Ausbruch des Krieges in China (14. 8. 1917) in einem Dienstverhältnis zur chinesischen Regierung gestanden haben (als Eisenbahn-, Zoll-, Finanz-, Bank- u. Beamte oder Angestellte) werden ersucht, ihre sich aus diesem Dienstverhältnis etwa ergebenden Ansprüche unverzüglich bei der Zentrale des Bundes der Auslandsdeutschen, Berlin C. 2, Klosterstr. 75, anzumelden.

Frühling im Schnee. Seit Beginn des Frühlingsanfang hat bei sinkender Temperatur und eifigen Nordostwinden der Winter uns eine neue Auflage beschert. Gestern abend ist der eifigen Kälte erneut Schneefall gefolgt und heute früh sind alle Straßen und Felder mit einer mehrere Zentimeter hohen Schneedecke bedeckt und es schneit lustig weiter. Der Hausvater blickt besorgt auf die zusammengeschmolzenen Heizvorräte und wünscht sehnlichst eine mildere Witterung herbei.

Sommerzeit bei der Eisenbahn im besetzten Gebiet. Am 26. März (Sonntag) wird auf den Eisenbahnen des besetzten Gebietes die westeuropäische Sommerzeit wieder eingeführt. In der Nacht vom 25. zum 26. März werden die Bahnuhren um 11 Uhr nachts auf 12 Uhr vorgestellt.

Halver, 25. März. Die 5%ige Schuldcheinanleihe der Provinz Westfalen, deren günstige Vorzüge genügend bekannt sind, hat einen ganz außerordentlichen Erfolg aufzuweisen. Bis zum Ende der Zeichnungsfrist — am 17. d. M. — waren bei der Landesbank 85 Millionen Mark gezeichnet. Die Landesbank in Münster hat sich nun entschlossen, die Zeichnungsfrist für diese beliebte Anleihe bis zum 10. April zu verlängern. Weitere Zeichnungen nehmen bis zu diesem Zeitpunkt die öffentlichen Sparkassen entgegen.

Brügg, 25. März. Sehr vielen Leuten in Brügg und Umgegend dürfte der Heimstättenverein G. m. b. H. in Lüdenscheid nur dem Namen nach bekannt sein. Wenige wohl dürften wissen, daß derselbe auch praktische Arbeit leistet und daß durch ihn in diesem Jahre in Lüdenscheid 30 Heimstätten bestimmt errichtet werden. Es besteht sogar die Möglichkeit, daß diese Zahl noch verdoppelt wird. Wer außerdem die Bewohner der bis jetzt angebaute Heimstätten hört, oder die Anwesen selbst in Augenschein genommen hat, muß begeistert davon sein. Um nun auch in unserm Ort dieser Frage näher zu treten und Aufklärung über Zweck und Ziel wie über das ganze Wesen der Heimstättenbewegung zu erhalten, hat der verdienstvolle 1. Vorsitzende des Lüdenscheider Heimstättenvereins zugesagt, hier heute Abend einen Vortrag zu halten.

Hagen, 23. März. Die Vereinigung der Handelskammern des südwestlichen Industriebezirks, welcher die Handelskammern Arnsberg, Herford, Hagen, Altena, Lüdenscheid und Siegen angehören, beschloß in ihrer Versammlung vom 21. März einstimmig im Hinblick auf den Vorstoß der Hamburger Exporteure dafür einzutreten, daß die Außenhandelskontrolle vorläufig beibehalten bleibt, da dieselbe für die deutsche Volkswirtschaft unserer Zeit sich als notwendig erwiesen hat.

Warner, 25. März. Die versammelte Kirchenversammlung, die bisher in Berlin tagte, hat eine Einladung aus dem Wuppertale — Elberfeld-Barmen — erhalten, ihre demnächstige Tagung dort zu halten. Diese Einladung datiert vom 17. d. M. und ist gerichtet an den Präsidenten der versammelte Kirchenversammlung Preußens, Herrn Generalsuperintendent D. Reinhard in Stettin. Diese Einladung, die in klarer Weise begründet ist, ist unterzeichnet von den Präsidien und Kirchmeistern von sechs verschiedenen Kirchengemeinden des Wuppertales.

Rhein, 22. März. „Deutsche Glocke am Rhein“. Die Kölner Domglocke, die größte Glocke Deutschlands, geht wieder ihrer Auferstehung entgegen. Das Kölner Domkapitel hat sich entschlossen, die ehemalige Kaiser-glocke, die ein Opfer des Krieges geworden ist, erneut gießen zu lassen. Mit der Ausführung ist eine Glockengießerei in Apolda beauftragt worden. Die Glocke wird ein Gewicht von circa 500 Zentnern aufweisen und circa 3,25 Meter Durchmesser erhalten. Die Glocke erhält in Zukunft den Namen: „Deutsche Glocke am Rhein!“

Nah und Fern.

Winter im Frühling. Der Frühling, der offiziell am 21. März begonnen hat, kam, wie es schon im Liede heißt, mit Brausen. Im Gebiet des Schwarzwaldes und im Riesengebirge ist starker Schneefall eingetreten, und die Temperatur ist stark gesunken.

5000-Mark-Banknoten. Die Reichsbank bereitet die Ausgabe neuer Banknoten zu 5000 Mark vor. Die neuen 5000-Markcheine werden etwas größer als die 1000-Markcheine sein und eine grüne Grundfarbe haben.

Eine neue deutsche Universität. In Eisenach soll eine neue Universität, die in erster Linie die Fabrikanten Wirtschaft, Handel und Industrie haben soll, gegründet werden. Die Kosten für die Einrichtung sollen in den ersten Jahren 4 bis 5 Millionen Mark betragen, später jährlich zwei Millionen. Man rechnet mit einem Anfangsbesuch von 500 Studierenden.

Ein weiblicher Verteidiger. Dieser Tage trat in Bonn ein weiblicher Verteidiger auf. Die junge Dame, Meierandarin Weines, verteidigte zwei Anaben, die des schweren Diebstahls bezichtigt waren. Von den im Sitzungssaal anwesenden männlichen Berufsgehilfen wurde die Verteidigerin, die sich ihrer Klienten mit großer Wärme annahm, aufs herzlichste begrüßt.

Folgen der Richterfelder Primaneraffäre. Der Studiendirektor Dr. Hartung, der mit der provisorischen Leitung der staatlichen Lehranstalt in Richterfelde betraut war, ist seines Amtes enthoben worden. Diese Maßregel hängt mit den Änderungen zusammen, die in der Organisation und der Besetzung der Ämter in der Richterfelder Lehranstalt vorgenommen werden sollen. Was die von der Anstalt verwiesenen Schüler betrifft, so besteht die Absicht, den Primanern insgesamt freizustellen, in die frühere Kadettenanstalt Bahlstätt in Schlesien einzutreten. Der Oberprimaner wäre dort Gelegenheit gegeben, in einem halben Jahre die Abiturientenprüfung zu machen, wie der preussische Kultusminister Voeltz in einer Veröffentlichung zu dieser Angelegenheit bekannt gibt. Der Minister betont dabei nochmals, daß es sich bei der ganzen Geschichte um eine rein schulischer Art handelt, die nur von einigen unverantwortlichen Leuten künstlich aufs politische Gebiet gedrängt worden sei.

Graphologie auf Aktien. Es ist trotz Ben Affa doch noch nicht alles dagewesen! Wie aus Berlin gemeldet wird, ist dort unter der Firma „Graphologische Auskunft Langenbruch A.-G. in Berlin“ mit 1 Million Mark Kapital eine Aktiengesellschaft gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Beurteilung von Handschriften, ihre Vergleichung und Messung.

Ausführung russischer Kirchen und Klöster. Kopenhagener Meldungen zufolge werden in ganz Russland gegenwärtig die Schätze der Kirchen und Klöster beschlagnahmt. Im Jurjewskloster in Nowgorod allein sind Gold, Silber und Brillanten im Werte von einer Million Goldrubel eingezogen worden. Nach Moskauer Berichten wurden zahlreiche Kirchen und Klöster von Diebstählen geplündert.

Die Not der Zeitungen.

Protest des Reichsverbandes der Deutschen Presse.

Der Reichsverband der Deutschen Presse (Verufsorganisation der deutschen Journalisten) weist erneut auf die von Regierung und Parlament längst anerkannte Notlage der Presse hin, die in nächster Zeit zu einer Katastrophe für alle am Zeitungs-gewerbe Beteiligten führen muß.

Er fordert Aufhebung jeder Sonderbesteuerung der Presse, eine ihren berechtigten Interessen entsprechende Berücksichtigung bei Festsetzung der Post- und Eisenbahntarife und Maßregeln gegen die ungeheuerliche Preistreiberie auf den Gebieten des Holzstoffes, des Zellstoffes und des Papiers sowie Sperrung der Ausfuhr von Papier und Zellstoff, so lange nicht das Papier für die deutsche Presse zu einem erträglichen Preise geliefert wird.

Der Reichsverband der Deutschen Presse hält es für die Pflicht der Regierung und der Volksvertretung, die deutsche Presse als ein hohes nationales Kulturgut vor dem Zusammenbruch zu schützen und dem deutschen Volke in seinem schweren Daseinskampf seine Presse als eins der stärksten Werkzeuge im Wiederaufbau und eine der besten Waffen bei der Abwehr fremder Übergriffe zu erhalten. Wenn die Presse wie bisher ohne Berücksichtigung ihrer Bedeutung für die Allgemeinheit nur als geeignetes Steuerobjekt behandelt und gegenüber der Bedrohung durch Interessensyndikate schutzlos gelassen wird, so ist nicht nur die Stilllegung vieler Betriebe und damit die Brotlosmachung von Hunderttausenden von Redakteuren, Schriftstellern und anderen im Zeitungs-gewerbe Beschäftigten unvermeidlich, sondern auch das Sinken des bisherigen hohen Standes der deutschen Presse in gefährlichste Nähe gerückt. Damit wird die deutsche Presse für ihre hohe Aufgabe im Dienste des deutschen Volkes untauglich gemacht und der Mindervorteil, dem Einbringen fremder Interessen und der Korruption die Tür geöffnet.

Kleine Nachrichten.

Auswüchse des politischen Kampfes.

DA Berlin. Der Reichsminister des Innern, Dr. Köster, hat dem Reichstage eine Druckschrift zugehen lassen, die 17 Forderungen der Versammlungsfreiheit und der freien Meinungsäußerung u. u. durch politische Gegner in der Zeit von Ende August bis Ende September v. J. zusammenstellt.

Die Parteien und die neue 60-Milliardenlast.

DA Berlin. Nach parlamentarischen Informationen scheint es, daß im Reichstage eine Mehrheit für die Annahme der neuen 60-Milliarden-Steuer nicht zu finden sein dürfte. Selbst die U. S. V. zeigt sich mehr und mehr überzeugt davon, daß eine solche Summe nicht aufgebracht werden kann. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß diesmal von der deutschen Regierung und dem Reichstage eine völlig klare und eindeutige Antwort erteilt werden muß, damit die Welt sieht, was von Deutschland geleistet werden kann und was nicht.

Besprechungen über die neue Note in Paris.

DA Berlin. Der Vorsitzende des Berliner Garantie-Komitees, Prof. Haguenin, hat sich nach Paris begeben, um dort an der Reparationskommission über verschiedene die Reparations- und Garantieforderungen betreffende Fragen Auskunft zu erteilen.

Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Berlin. Die Verhandlungen zwischen den Hauptverbänden der Ärzte und den Krankenkassen im Arbeitsministerium haben bezüglich der Bezahlung nach Einzelleistungen zu einer Einigung geführt. Für das erste Quartal 1921 wurde ein Honorar von 10 Mark für die Beratung, 20 Mark für den Besuch und für Sonderleistungen entsprechende Zuschläge zu dem Mindestsätzen der Gebührenordnung vom September 1921 vereinbart. Vom 1. April 1922 gelten die Sätze der neuen preussischen Gebührenordnung, zu denen bereits Steuerzuschläge auf der Grundlage der Reichsindizes kommen. In keiner Einigung ist man über die Bezahlung von Grund-sätzen für die Bezahlung nach Jahrespauschale gelangt.

Ausscheiden Lenins aus der Sowjetregierung?

DA Riga. Der Große Rat der Sowjets ist zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um die Maßnahmen zu beschließen, die bei einem Ausscheiden Lenins aus der Regierung zu treffen sind. Der Vorsitzende des Moskauer Sowjets erklärte, daß der Zustand Lenins so ernst sei, daß man von einer weiteren Teilnahme Lenins an der Regierung vollständig nicht sprechen könne.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus.

- 26. März veränderlich, windig, milde.
- 27. „ vielfach heiter, milde.
- 28. „ veränderlich, milde, windig.
- 29. „ kaum verändert.
- 30. „ teils Sonne, teils Niederschlag, mild.
- 31. „ veränderlich, normal temperiert.
- 1. April veränderlich, rauch.

Schriftleitung: W. H. Bell, Halver i. Westf.

Führer durch die Geschäftswelt.

Schalksmühle:

Eduard Grüber, Maßgeschäft.
Ältestes Geschäft am Platz Fernruf Nr. 219.

Lager in den neuesten in- und ausländischen Stoffen.

Gust. Schröder

Telephon 37.

Haus- und Küchengeräte
Lieferung kompletter Aus-
steuern franko Haus.

Grosse Auswahl in Geschenkartikeln.

Hugo Schnöring, Telephon 136

Fabrikation landw. Maschinen u. Geräte

fabriziert und liefert unter Garantie

Wendepflüge mit und ohne Selbstführung,
sowie famil. landw. Maschinen und Geräte.
Reparaturen werden prompt u. fachgemäss ausgeführt.

Fernruf 140 **Robert Zapp** Fernruf 140

Kolonialwaren, Delikatessen,
ff. Würstwaren,

Krügers und Krefels Zwieback,
Tabak, Zigarren, Zigaretten etc.

Gust. Eichholz

Herren-, Burschen- und Knaben-
Konfektion, Arbeiter - Garderobe,
Normalwäsche, billigste Einkaufsgelegenheit
für
Baumwollwaren

Adler-Drogerie Aug. Cordt

Empfehle noch zu allen Preisen:

Zigarren, Zigaretten, Artikel zur Haar-
Baut- und Zahnpflege, Celluloidwaren,
Seifen, Parfüm u. f. w. u. f. w.

Empfehle Ia. Qualitäten

in

sämtlichen Kolonialwaren.

W. Heedfeld.

Fernruf Nr. 5.

Herm. Kornblum

Fernsprecher Nr. 138.

Manufaktur-, Kurz-, Weiss-
und Wollwaren.

Carthausen-Heesfeld:

Rud. Johann, Carthausen

Kolonialwaren,
Delikatessen,
Würstwaren.

Tabak : Zigarren : Zigaretten etc.

Kierspe:

Wwe. Gustav Köhler

Manufakturen-, Betten-
und Aussteuer-Geschäft.

Hugo Alte

Ausführung elektr. Licht- und
Kraftanlagen, sowie Lieferung
sämtlicher Zubehörteile
zu billigsten Preisen.



Wilh. Diebe

Billigste Bezugsquelle in
Nähmaschinen, Fahrräder

Reparatur-Werkstatt.

Kierspe-Bhf.:

Hüte und Mützen

in großer
Auswahl
empfiehlt

Aug. Vollmerhaus.

Zahn-Atelier Rogge

Fernsprecher 220 Amt Meinerzhagen.

Zahn-Ersatz mit und ohne Gaumenplatte,
Reparaturen an Gebissen in kurzer Zeit,
Zahn- u. Wurzelziehen mittels Betäubung.
Zugelassen bei den Krankenkassen.

Wipperfurth:

Stein- und
Bildhauerei **Peter Horn.**

Grabdenkmäler

in allen gebräuchlichen Steinarten
nach eigenen und gegebenen Entwürfen.

EUGEN KAPPES, Unterstr. 17
I. Etage

empfiehlt

Herren- und Damen-Stoffe
für Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Hosen,
Mäntel und Kostüme, sowie sämtliche
Futterstoffe und Bedarfsartikel
für die Herren- u. Damenschneiderei
zu vorteilhaften Preisen.

Halver:

Konfirmations-Geschenke

finden Sie in großer Auswahl bei
Ernst Bergmann.

Bürger & Streppel

Berlinerstr. 18

Telephon 82

Haus- u. Küchengeräte
Landw. Frühjahrbedarfsartikel
Werkzeuge etc. etc.

Photogr. Atelier Kaiser

Anfertigung vorzüg-
licher Photographien

Berlinerstr. 5. Berlinerstr. 5.

Für die Wintermonate

empfehle: Med.-Lebertran, Emulsion,
Glycerin, Hautkreme, milde Toiletten-
Seifen, sowie vorbeugende Mittel
gegen Husten, Heiserkeit u. Erkältung
Halversche Medezinal-Drogerie
Frankf.-Str. 22. Carl Menke Fernruf 281.

Druckfachen

aller Art werden ange-
fertigt in der Buchdruckerei
Wilh. Bell jr., Halver.

Halver:

Empfehle alle in der Optik einschlagenden Artikel, wie
Brillen, Kneifer, Feldstecher, Lesegläser,
Thermometer, Barometer, Milch-,
Bade- u. Fieberthermometer.

E. Alte, Uhrmacher, Frankfurterstr.
Altes Gold und Silber wird gekauft oder in
Zahlung genommen. Reparaturen gut u. billig.

Hugo Köhler

Fernsprecher 58

empfehle

elektr. Heizöfen, Kochtöpfe, Bügeleisen
Beleuchtungskörper u. s. w.

Zahn-Atelier

Anfertigung von Gebissen, Plomben,
Reinigen der Zähne,
Zahnziehen mit Betäubung.

Fritz Hedderich Fernruf Nr. 207.

Mariendaten,  Bratheringe,

Kollmörse,  Sprotten,

Bäckinge, Heringe in Gelee,

Salzgurken, Kochkäse,

Corned beef

u. Delikatess-

würstchen

empfehlen zu vorteilhaften Preisen

Gebr. Haase, Berlinerstr. 4.

Telefon 308

Telefon 308.

Wir bieten an zu vorteilhaften Preisen:

Rhein-, Nahe-, **Weine**
Pfalz-, Mosel-,
Saar- u. Ruwer-

Bordeaux-, Burgunder- und Süd-Weine
aller Jahrgänge.

Borbentel-Weine: 1918er Spätherbst
Strick natur,
1919er Rödelseer Hohenbusch :—: 1920er
Eichendorfer Lump Auslese.

Wir garantieren für vollmundige,
glanzhell haltbare Qualitätsweine.

Gebrüder Lausberg,

vormalis G. Lausberg Wwe.

Telefon Nr. 191.

Empfehle

Zigarren : Zigaretten : Rauchtobake

Echte Brügge-Pfeifen und -Mützen

Schokolade

Robert Schilling, Berlinerstr. 56.

Carl Giersieper

Fernsprecher 163

Fernsprecher 163.

Maschinen-Bauanstalt

Lieferung sämtlicher
landw. Maschinen.

Trauringe! Mit garantiert

gesetzlichem Feingehalt.

Massiv Gold 1000/1000 gest. p. Paar v. 420.— an

" " " " " " " " 780.— an

Moderne Fassons!

Altes Gold u. Silber w. i. Zahlung genommen u. angek.

Reparaturen werden innerhalb

8 Tagen sauber und billig fertiggestellt

Franz Schneider, Uhrmachermeister
Frankfurterstr. 4.

C. Sastentrath

Manufakturwaren,

und Konfektion ::

Wollen Sie noch billig rauchen?

so besuchen Sie das

Zigarren-Spezial-Geschäft

Ernst Feld, Hohenzollernpark.

Aug. Eicker jr., Schwenke. Telefon.

Nr. 261

Maschinen- u. Flugbau-Anstalt

Reparatur-Werkstatt.

Lieferung sämtlicher landwirtsch. Maschinen

und Geräte: Spezialfabrikate: Wendepflüge,

Schälplüge, Kultivatoren, Eggen, Sackbekarren.

Paul Schulte :: Halver-Oberherweg

Ständig Lager in: **Herren- u. Damen-Konfektion.**

Wochen-Merkblatt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver: Sonntag,
26. März. Vorm 9 Uhr: Abendmahl-
feier. — Vorm. 10 Uhr: Predigt Pastor
D. Drebach. — Freitag abend 6 Uhr:
Passionsgottesdienst. — Freitag abend 8 1/2
Uhr: Kirchl. Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. Sonntag, den
26. März. Nachm. 1 1/2 Uhr: Sonntagss-
chule. — Nachm. 4 Uhr: Konfirmanden-
Abend. — Abends 8 Uhr: Jünglings-
verein. — Mittwoch, abends 8 Uhr:
Missionsarbeitsstunde. — Mittwoch, abends
8 Uhr: Männerchor. — Donnerstag, abends
8 1/2 Uhr: Blaukreuzverein, Bibelbesprechung.

Freie evang. Gemeinde Halver, Berlinerstr. 27a
Sonntag, den 26. März: morgens 9 1/2
Uhr: Erbauungsstunde. — Nachmittags
1 1/2 Uhr: Sonntagsschule. — 4 Uhr:
Bibl. Vortrag. — Abends 8 Uhr: Männer-
und Jünglingsverein. — Mittwoch abends
8 1/2 Uhr: Bibl. Vortrag, Evangelist C.
Schirp.

Evangel. Gemeinde Schalksmühle. Sonnt-
tag 10 Uhr: Gottesdienst. — 11 1/2 Uhr:
Kindergottesdienst. — 3 Uhr: Jungfrauen-
verein. — Montag abend 8 1/2 Uhr:
Evgl. Arbeiterverein. — Dienstag abend
8 1/2 Uhr: Jungfrauenverein. — Mittwoch
8 1/2 Uhr: Passionsgottesdienst, heiliges
Abendmahl. — Donnerstag abend 8 1/2
Uhr: Posaunenchor. — Freitag abend 8 1/2
Uhr: Jünglingsverein, Bibelbesprechung.

Evangel. Gemeinde Brügge. (Kollekte für
den Deutschen Pflanzverband) Sonntag 10
Uhr: Gottesdienst und Prüfung der Kon-
firmanden. — 11 1/2 Uhr: Kindergottes-
dienst fällt aus. — Dienstag 8 1/2 Uhr:
Kirchenchor. — Mittwoch 8 Uhr: Posaunen-
chor. — Donnerstag 4 Uhr: Frauenverein
im Pfarrhause. — Freitag 8 Uhr: Passions-
andacht im Konfirmandensaale.

Evangel. Gemeinde Kierspe. Sonntag,
den 26. März. 9 Uhr: Frühgottesdienst
in Börlinghausen. — 10 Uhr: Kinder-
gottesdienst in Börlinghausen. — 9 1/2
Uhr: Kindergottesdienst in der Kirche. —
10 1/2 Uhr: Hauptgottesdienst in der Kirche.
Predigt Pastor Meyer zu Theenhausen. —
Tausen in der Hohenholter Bauerschaft.

Familien-Nachrichten.

Geburten: Erwin Dahlhaus, Halver, eine
Tochter. — Getauft: Werner Pfeiffer zu
Dahlebrück. — Ernst Richard Koll zu
Klepe.

Verlobte: Helene vom Seebe, Priorei und
Otto Linnepe, Dahl, Kreis Hagen.

Vermählte: Eugen Stedek, Lüdenscheid und
Friedel geb. Clever, Ehringhausen bei
Oberbrügge. — Walter Barling, Halver
und Hulda geb. Smithaus, Sahlen bei
Schermbeck. — Karl Dell und Emma geb.
Schroder, Münster i. W.

Gestorben: Frau M. Walendy, Luise geb.
Karafschewski, Wöste, 56 J., gest. 17. 3.
Paul Kraegeloh, Binsheid, 30 J., gest.
18. 3. — Marta Stibiski, Schalksmühle,
26 J., gest. 18. 3. — Frau Wilhelm
Heinkelbach, Anna geb. Wilsch, Wasser-
fuhr bei Kierspe, 55 J., gest. 20. 3. —
Frau Ww. Albert vom Brocke, Anna geb.
Schramm, Lüdenscheid, 46 J., gest. 22. 3.
— Peter von der Brack, Mark, 48 J.
— Ernst Weiden, Lösenbach, 2 J.

Berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten dieser Zeitung!

Stadt Karlen!

Karl Bell
Emma Bell
geb. Schrader

Vermählte

Münster i. W., den 25. März 1922.
Slaufenstr. 7.



Der Herr ist mein Hirte
mir wird nichts mangeln
Psalm 23,1.

Heute abend 6 Uhr entschlief sanft im
Herrn nach langem schweren Leiden meine
innigstgeliebte Gattin, unsere gute, treusorgende
Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester
Schwägerin und Tante

Frau Heinrich Schlüter

verw. Potthoff geb. Langenscheid
im Alter von 55 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kierspe-Bhf., Wilhelmshaven, Bochum,
Elbringhausen und Lüdenscheid,
den 23. März 1922.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den
26. März, nachm. 2 Uhr vom Sterbehause Kierspe-
Bhf. aus statt.

Trauerfeier 1/2 Stunde vorher im Hause.
Kranzspenden waren nicht im Sinne der Ent-
schlafenen.

**Mechaniker, Dreher und
Maschinenschlosser** (für Maschinenbau),
sowie

Buchhalter mit allen vorkommenden Büroarbeiten
vertraut, (Selbständiger Posten)

zum sofortigen Eintritt gesucht
für Zweigstelle **Schmalenbach**

Lehrlinge

mit guter Schulbildung werden eingestellt.

W. Flor,

Maschinenapparatebau und Elektrizitätswerk
Neuenbürg (Württemberg)
Zweigstelle: **Schmalenbach**

Persönlich melden: Samstag nachmittag bei Direktor
Roeder, 3. St. Gasthof „zur Post“.

Färbe zu Hause
nur mit

Heitmann's Farben

Erhältlich in Drogerien u. Apotheken

Niederlage: Halversche Med.-Drogerie
Frankfurterstr. Carl Menke Fernruf 281.

PIANOS

mit Klangsteg
D. R. G. M. 458463

Flügel, Harmoniums und
Kunstspiel-Instrumente

unübertroffen an Qualität
und Preiswürdigkeit

Roth & Junius

Hof-Piano- und Flügel-Fabrik
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.

Nur 1. Etage

Frühjahrs - Neuheiten!

Durch frühzeitige günstige Ab-
schlüsse bringen wir unsere be-
kannt erstklassigen Qualitäten

weit unter Tagespreis!

Herren- und Jünglings-

Anzüge

in nur bester Ausführung, blau und in den neuesten Farben.

850.- 1050.- 1250.- 1450.- 1850.- und höher

Etagengeschäft

Merkur

Hagen i. W.

Kampstraße 18 a.

Spezialhaus für mod. Herren- u. Jünglingskleidung

Nur 1. Etage

Erwachsene und jugendliche

Arbeiter

gegen guten Lohn sofort gesucht

Bauzeinfabrik G. m. b. H., Kierspe-Bahnhof.

Suche sofort

**jugendl. Arbeiter
Lehrling**

und einen für Kleinschmiederei

Ludwig Schröder

Eisenwarenfabrik

Schalksmühle i. Westf.

Knaben und Mädchen

auch welche Oftern die Schule verlassen, zum sofortigen Eintritt
gesucht. Vorherige Anmeldung jetzt schon erwünscht

Westfälische Porzellanfabrik G. m. b. H. Garthausen i. W.

Tapeten

neueste Muster in reicher Auswahl

Fußbodenlackfarbe

in Friedensqualität

sowie alle **Farben**

trocken u. streichfertig

empfiehlt

Halversche Medizinal-Drogerie

Carl Menke.

Einige
jugendl. Arbeiter
oder
Arbeiterinnen

für leichte Arbeiten sofort gesucht

Wilh. Kayser junr.
Kierspe-Bahnhof.

Büstenkarten liefert schnell
und billig die
Buchdruckerei Wilh. Bell jr.
Halver i. Westf.

Sofort oder in 14 Tagen
mehrere erwachsene
Arbeiter

gesucht. Gleichzeitig werden
jugendliche sowie weibliche
Arbeitskräfte

in größerer Anzahl eingestellt.
Beschäftigung ist dauernd und
lohnend.

Kaiser & Spelsberg,
Schalksmühle i. W.

Ein jüngerer

Schleifer

für Zinkartikel, sowie ein
tüchtiger

Bankarbeiter

können eingestellt werden.

Wilh. Lüsebrink, Halver.

Wir suchen zum sofort. Eintritt

Bügeleisen-

polierer.

Märkisches Werk,

G. m. b. H.

Halver in Westf.

Einige jugendliche

Arbeiter

(auch schulentlassene)
für leichte Maschinenarbeit und
dauernde Beschäftigung gesucht.

Wilh. Gemann

Feilen- u. Werkzeugfabrik
Halver.

Wir suchen für sofort einige

junge Mädchen

für leichte Arbeit.

Kartonnagenfabrik

Starke & Co., Halver.

Bürsten-Waren

Kleiderbürsten
Hutbürsten
Reisebürsten
Haarbürsten
Nagelbürsten
Wischbürsten
Waschbürsten
Abreibbürsten
Handfeger
Haarbesen
Straßenbesen
empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

Verding!

Die Restauration der Fest-
halle zu unserm an den Pfingst-
tagen dieses Jahres stattfindenden
Gesangwettstreite wird hiermit
öffentlich ausgeschrieben. Be-
werber wollen sich am Sonntag,
den 2. April, nachmittags 4 Uhr
im Lokale des Herrn Aug. Bedder,
Winzenberg, Meinerzhagen ein-
finden.

Der Vorstand
des M.-G.-B. „Eintracht“
Winzenberg, Meinerzhagen.



M.-G.-B.
„Eintracht“
Halver.

Sonntag, den 26. März,
nachmittags 4 1/2 Uhr

Chorstunde.

Der Vorstand.

Allgemeine Ortskrankenkasse
Kierspe.

Ausschussitzung

am Samstag, den 1. April,
nachmittags 6 Uhr bei Herrn
Bastian zu Kierspe-Bhf.

Tagesordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung
pro 1921.
2. Verschiedenes.

Der Vorsitzende: Schuster

Vorrätig auf Lager:

Schwefels. Ammoniak.

Ferner erhalte ich in den
nächsten Tagen noch eine Ladung

42% iges Kalisalz.

Bestellungen nehme entgegen.

Albert Herdene, Halver.
Telefon Nr. 40

Blasenschwäche

beseitigt mit glänzendem

Erfolge.

Täglich einlaufende Anerkennungen

Auskunft frei.

Institut Naumer

Recklinghausen i. W. N. 225.

Samstag morgen, den 25.
März, erhalte ich eine große
Auswahl

**Oldenburger
Schweine.**

Sugo Kerspe, Halver,

Telefon 52.

Erhielt heute wieder einen
großen Transport

**Oldenburger
Ferkel**

zum Verkauf.

Carl Schmale, Halver.

Telefon 23.

Bin Montag morgen 9 Uhr
Tasche in Brügge 12 Uhr in
Halver (Jägerhaus) und um 4
Uhr in Schalksmühle, Gasthof
Kriegesforde mit

**la. Oldenburger
Schweine**

zum Verkauf.

Kämper, Denneking.

Telefon 1123 Lüdenscheid.

Sabte Montag morgen, den
27. März wider eine große
Auswahl

Oldenburg. Schweine

an unserm Hause.

Berges & Borlinghaus.

Bin Montag früh, den 27. 3.
bis 10 Uhr mit

Oldenburg. Schweine
in Kierspe-Bhf.

Carl Bollmer.

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halber, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halber.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halber.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber.

Nr. 72

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halber

Samstag, den 25. März 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Brei
40 Pfg., auswärts 50 Pfg., im Restamte 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Zur Anliegersiedlung.

Von Geh. Regierungsrat Dr. Bonfid,
Beirat für Siedlungswesen im Reichs-Landbunds.

Auch Anliegersiedlung tut Deutschland vielerorts not. Die Landwirtschaft muß es begrüßen, wenn lebensfähige Betriebe tüchtiger Landwirte durch Zuteilung von Land aus anliegendem, zu kultivierendem Obland oder, wo solches fehlt, auch aus dem Kulturland anliegender Großbetriebe zur vollen Entwicklung gebracht werden. Schon die schwierigen Arbeiterverhältnisse werden vielerorts den das Land liefernden Großbetrieben die Abgabe erleichtern. Die deutsche Landwirtschaft aber muß verlangen, daß — bei aller Würdigung der auch der Anliegersiedlung zugrunde liegenden sozialen und innerpolitischen Motive — hierbei der Produktionsstandpunkt nicht außer acht bleibt. Vor allem muß Gewähr vorhanden sein, daß nur wirkliche und tüchtige Landwirte Berücksichtigung finden, daß sachgemäß, und nicht in Angst vor der Straße verfahren wird. Dann ist aber noch ein Übelstand, die Preisfrage. Der hergebende Landwirt hat zwar nicht das geringste Interesse daran, für das — zu Eigentum, unter Umständen in Pacht — abzugebende Land recht hohe Preise, etwa die der heutigen Geldentwertung angepaßten, zu erhalten. Er will nicht wegen ein paar tausend Mark durch Stadt und Land als „Bodenwucherer“ verschrien sein. Der wahre Landwirt ist kein Güterhändler. Er weiß auch, daß ein bei solcher Abgabe erzielter hoher Preis nach der geltenden Steuergegebung ihn mehr kosten kann als der ganze „Gewinn“ beträgt. Andererseits aber darf Siedlung nicht zur Bereicherung einer Privatperson auf Kosten einer anderen führen. Der Anliegersiedler sollte den dem Ertrage des beehrten Landes oder den einigemmaßen der heutigen Geldentwertung angepaßten Preis zahlen. Die Spannung zwischen diesem Preis und der Summe, die der Hergeber des Landes beansprucht, kann beste Verwendung zur Förderung der Siedlung finden, und zwar gerade zur Förderung der infolge der hohen Baukosten heute besonders schwierigen Neusiedlung. Mehr und mehr ist anzustreben, gleichzeitig mit jeder Anliegersiedlung ein oder mehrere kleine Bauern, Landarbeiter und ländliche Handwerker neu anzusehen. Die Überpreise der Anliegersiedler stellen dafür wertvollste Baukostenzuschüsse dar. Hier ist der Weg für eine verhältnismäßig einfache, durch die vielen einzelnen in Betracht kommenden Fälle stark ins Gewicht fallende Förderung der Neusiedlung. Und hierdurch würden gleichzeitig unter den Anliegern die Wöde von den Schafen geschieden: alle, die nur aus Gewinnssucht begehren, scheiden von selbst aus, und es bleiben die, denen der Zukunft wirklich not tut, bei denen die Vergrößerung im Vorteil der Allgemeinheit liegt.

Teuerung.

Von Ökonomierat Weinböck, M. h. N.,
Vorsitzendem des Reichs-Landbunds.

Für die Preissteigerung der Lebensmittel wird ohne Nachdenken der Landwirt verantwortlich gemacht. Man nimmt die Kleinhandelspreise her, die Fleischpreise, die Milchpreise, die Brotpreise und schreit: Seht ihr den „Bucherer“, den Bauer! Man gibt sich gar nicht einmal ein bißchen Mühe, darüber nachzudenken, was alles für Unkosten auf dem Wege vom Bauernhof zur Stadtmärkthalle auf den Wagen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse fallen und mitfahren: Händlergewinn, Kommunalverbandsgebühren bis zur Reichsabgabe.

Eisenbahnfrachten — zum wievieltenmal schon erhöht, das letzte Mal auf Geheiß des Feindbundes und wohl nicht ohne innerliche Befriedigung des schwer defizitären Reichseisenbahndirektors. Dazu kommen sonstige Transportkosten, legitime und illegitime. Herrgott, was macht man nicht, um etwas rascher oder überhaupt einen Waggon zu bekommen!

Nun kommt der Müller, dann der Bäcker oder der Fleischer. Wird es ihnen verdacht, wenn sie den neuzeitlichen gewerblichen Verdienst, wie er sich aus Kommunalbesteuerung, Bodenrente, Gehilfenlohn, Landes- und Reichsteuern ergibt, verlangen?

Ja, die Steuern müssen auch erwirtschaftet werden, und da dünkt uns, daß der Rabenwater Staat der größte Verteuerer ist. Nehmen wir die Umsatzsteuer: der Landwirt zahlt sie, zahlt sie selbst, da er sie in den meisten Fällen nicht auf den Käufer abwälzen kann. Der oder besser gesagt die hintereinander die Ware weitergebenden Händler, die das Uterzeugnis weiterverarbeitenden Gewerbetreibenden, wieder die Händler bis zum Kleinhandler herab zahlen Umsatzsteuer. Es wird also für die Semmel, bis sie sich beim Morgenlaffee vorstellt, bereits sechsmal Umsatzsteuer bezahlt und zwar vom Verbraucher, vom Esser bezahlt. Nach dem von den Regierungsparteien beschlossenen Umsatzsteuergesetz — von Parteien, die sonst gegen die Brotteuerung so schreien und, wenn wir nicht irren, 1909 jede indirekte Besteuerung aus innerster Überzeugung, nicht etwa aus Parteipolitik, so heftig bekämpften — ist das so gewollt. Vergessen wir nicht die Lohnsteuer, die Zuckersteuer, die Süßholzksteuer, die Biersteuer, die Schnapssteuer, die Tabaksteuer, die Erhöhung des Kaffeezollens — lauter Konsumsteuern, die von den Mehrheitsherren im Reichstag so beschlossen sein werden. Lauter Lebenshaltungskosten und indirekt noch einmal Lebensmittelsteuern.

Es ist also nicht der Landwirt, der für die heutige Lebensmittelpreissteigerung verantwortlich gemacht werden kann. Ihm wächst bekanntlich sein Getreide, Vieh, seine Kartoffeln usw. auch nicht um

sonst. Auch er spürt die Teuerung, die man besser „Geldentwertung“ nennen würde, genau so wie ein anderer und in Sachen, die ein anderer nicht braucht, sogar noch erheblich mehr. Nochmal: Umsonst wächst dem Landwirt nichts!

Ist die Landwirtschaft gleichberechtigt?

Bismarck sprach oft von den Imponderabilien und wurde nicht müde in seinen Mahnungen, das Unwägware in der Politik stets rechtzeitig und ausreichend in Rechnung zu stellen. Ein solcher Mahner wäre auch im neuen System nur zu oft am Platze. Zwar beginnt die Reichsverfassung mit der Bestimmung, die Staatsgewalt gehe vom Volke aus, und Begriffe wie Volksstaat und Volksregierung werden täglich durch alle Gassen geheßt. Dennoch begegnet man auf Schritt und Tritt Maßnahmen, die zuweilen geradezu an das absolute Regierungssystem erinnern, und es fehlt auch nicht an Bemühungen, innerhalb der einzelnen Volksschichten und Berufsstände die Diktatur des einen über den anderen zu errichten. Besonders die Landwirtschaft hat darüber berechtigte Klagen zu führen. Es kann hier davon abgesehen werden, daß dieser Berufsstand noch lange über den Krieg hinaus durch die Zwangswirtschaft unter „eine wirtschaftspolitische Ausnahmegegebung“ gebeugt worden ist, und daß erst in diesen Tagen wieder neue Anläufe in der Richtung gemacht worden sind, die Getreidemenge nicht nur zu erhalten, sondern auch noch erheblich zu verschärfen. Hier sollen lediglich Beobachtungen wiedergegeben werden, nach deren Wurzeln man dem ältesten und auch jetzt wichtigsten Berufsstande fortgesetzt die Gleichberechtigung versagen möchte, womit man ohne Not eine Fülle von Erbitterung in die beteiligten Kreise hineingießt.

Zwei Beispiele. Niemand findet etwas Auffälliges darin, daß ein großer Berufsstand, wie die Industrie, sich seit Jahrzehnten Selbstinstitute geschaffen hat, die überwiegend seinem eigenen Bedarf dienen. Niemand sieht etwas Besonderes auch darin, daß neuerdings selbst verhältnismäßig kleine Teile der Industrie (Kunstdüngerindustrie) sich eine eigene Bank zu schaffen für notwendig halten. Als aber im Vorjahre die Bank für Landwirtschaft A.-G. ins Leben gerufen wurde, hat man das gleichsam als etwas Ungehöriges hinstellen wollen; man schalt über die „politische“ Bank und suchte in der Landwirtschaft Uneinigkeit anzuzetteln, um die Entwicklung des neuen Bankinstituts zum mindesten zu verlangsamen. Nun hat es die Geldentwertung mit sich gebracht, daß heute fast jede Bank eine erhebliche Erhöhung ihres Kapitals erfährt. Die Bank für Landwirtschaft A.-G. hat das gleiche getan; just in diesen Wochen erstreckt sie ja die Vermehrung ihres Kapitals auf 150 Millionen. Wiederrum wird diese unauffällige Maßnahme von gewisser Seite beanstandet und kritisiert. Man scheint kein Empfinden dafür zu haben, daß in dieser Beziehung die Landwirtschaft außerordentlich empfindlich ist und empfindlich sein muß, weil letzten Endes wiederum ihre Gleichberechtigung ohne die Spur eines berechtigten Grundes in Frage gestellt wird.

Ein anderes Beispiel. Bei der Zusammensetzung derer, die die „glorreiche Revolution“ gemacht hatten, war es nicht weiter auffällig, daß im neuen System die Landwirtschaft zunächst ohne jeden Einfluß blieb. Der so benachteiligte Berufsstand hat sich begreiflicherweise gegen diese Entwicklung aufgelehnt, und seine jähren Anstrengungen sind schließlich nicht erfolglos geblieben. Die äußere Anerkennung dafür war die Errichtung des besonderen Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Wer aber annimmt, alle Kreise nehmen die Beseitigung des früheren Unrechts als einen natürlichen Zustand hin, ist im Irrtum. Erst vor wenigen Tagen hat das „Berliner Tageblatt“ (115) die Frage aufgeworfen, ob nicht nach der Übernahme des Finanzministeriums durch Dr. Hermes das Ernährungsministerium eine Umgestaltung erfahren solle. Es verwies auf „die bereits seit längerer Zeit erwogene Absicht“, das Ernährungsministerium dem Reichswirtschaftsministerium anzugliedern, statt umgekehrt Fragen wie das Siedlungswesen (jetzt im Arbeitsministerium!) dem Reichslandwirtschaftsministerium zu unterstellen. Damit würde denn die Landwirtschaft glücklicherweise wieder in den großen Wirbel geworfen. Vor solchen unbesonnenen Schritten kann nicht eindringlich genug gewarnt werden. Schon die Rücksicht auf das Hilfswort der Landwirtschaft, d. h. die Rücksicht auf die möglichst umfassende Versorgung der Verbraucher, muß eine freudig und opferwillig schaffende Landwirtschaft erwarten lassen. Wer nun nach Maßnahmen sucht, um die Landwirtschaft als nicht gleichberechtigt hinzustellen, versündigt sich am Vaterlande.

Staumacher.

Im „Tag“ (56) kommt der Konföderationspräsident a. D. Hermann Krausfeld in Betrachtungen über unbeachtete wirtschaftliche Zusammenhänge auf die Behandlung des Hilfswortes der deutschen Landwirtschaft auf dem Reichs-Landbunds-Tag in Hannover zu sprechen. Dort habe man mit großer Empfindung gelobt, alle Kräfte an die Erreichung der Unabhängigkeit unserer Ernährung zu setzen, und manchem sei es mit diesem Gelübde sicherlich beiläufig Ernst gewesen. Indessen hält Krausfeld die Erfüllung des Versprechens nach Lage der Dinge für völlig ausgeschlossen. Er fügt sich dabei insbesondere auf den Hinweis, daß wir bereits vor dem Kriege die intensivste Wirtschaft getrieben und z. B. im durchschnittlichen Hektarertrag an Weizen fast alle europäischen Länder übertraffen haben. Dieser Hochstand der landwirtschaftlichen Technik in der Vorkriegszeit wird gewiß nirgends bestritten. Niemals aber ist vor dem Kriege behauptet worden, nun sei in der landwirtschaftlichen Erzeugung eine weitere Steigerung

undenkbar. Im Gegenteil haben die landwirtschaftlichen Praktiker in voller Übereinstimmung mit den landwirtschaftlichen Wissenschaftlern bei jeder Gelegenheit betont und erwiesen, daß eine weitere erhebliche Steigerung des Bodenertrages trotz der an sich ungünstigen Verhältnisse hinsichtlich des Klimas und der Bodenbeschaffenheit möglich und erreichbar sei. Das Ziel des Hilfswortes der deutschen Landwirtschaft stellt also genau genommen keine neue Lehre auf, sondern fußt in Anschauungen, wie sie schon vor dem Kriege gang und gäbe waren. Der einzige wesentliche Unterschied besteht letzten Endes in der Forderung, die früher in Jahrzehnten mühslich erreichte Erzeugungsteigerung fortan auf eine möglichst knappe Reihe von Jahren zusammenzubringen. Vergesse man doch nicht, in wessen Vorteil das Hilfswort in erster Linie liegt. Der Landwirt würde bei etwaiger weiterer Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse noch immer kaum Hunger leiden. Sein Wunsch aber ist, auch die Städter sollen nicht hungern und sollen nicht auf das beim Tiefstand unserer Valuta zu Apothekpreisen vom Auslande zu laufende Getreide angewiesen sein. Vielen wird scheinen, daß diese im besten Sinne vaterländische Aufgabe der deutschen Landwirtschaft Anerkennung verdient und Mißmacher entbehrlich macht.

„Brüder in Not“.

Die im östlichen, südöstlichen, neuerdings auch im südlichen Teile des europäischen Rußlands wütende Hungersnot reißt unter den rußland-deutschen Kolonisten an der Wolga und am Schwarzen Meere tagtäglich größere Lücken. Bürgerkrieg und Mißernte haben die wirtschaftliche Kraft dieser einstmal so reichen, arbeitsamen, kräftigen deutschen Bauernstämme lahmgelegt. Ein grauen-erregendes Bild bieten insbesondere die deutschen Wolgakolonien, die seit 1917 volle 75 Prozent ihrer Wirtschaft verlustig gegangen sind. Ertrieten diese 202 Kolonien 1914 noch 15 Millionen Pud Getreide, so waren es 1920 nur noch 3 1/2 Millionen, 1921 dagegen nicht mehr als 20 000 Pud. Bereits im April 1921 sind 5000 Wolga-deutsche dem Hunger und den Seuchen, diesen entsetzlichen Feinden des Menschengeschlechts, erlegen. Am 1. Dezember 1921 wurden an der Wolga von 750 000 Deutschen nur noch 325 000 gezählt. 30 Prozent waren verhungert und an Seuchen gestorben, 20 Prozent geflüchtet. Was sich seit einem Jahre unter den schwersten Qualen der Bevölkerung an der Wolga vollzieht, hat nun auch auf die rußlanddeutschen Schwarzmeerkolonisten übergegriffen.

Erschütternde Hilfserufe dringen in Briefen und Berichten zu uns. Im Kampfe gegen Hunger und Seuchen müßte geworden, haben schon im Laufe dieses Winters unzählige ihre Rettung in der Flucht nach dem Westen gesucht. Gelingt es uns nicht, Hunger und Seuchen unter unseren Stammesbrüdern an Ort und Stelle zu bekämpfen, so haben wir im Frühjahr mit weiteren großen Flüchtlingsmassen zu rechnen, die die Gefahr der Verfeuchung in jede Gegend schleppen, mit der sie in Berührung kommen. Es gilt, die notwendigen, unmittelbaren Lebensbedürfnisse der hungernden Deutschen in Rußland zu befriedigen durch Bereitstellung ausreichender Mittel zur Beschaffung von Lebensmitteln, Bekleidung und Medikamenten.

Um die größtmögliche Hilfe Deutschlands mit vereinten Kräften zu leisten, hat mit Befürwortung der Reichsregierung der Reichsausschuß „Brüder in Not“ eine Reichssammlung für die hungernden Rußland-deutschen und für deutsche Auslandsflüchtlinge begonnen; für sie erbittet auch der Reichs-Landbund offene Herzen und Hände.

Gibt, ehe es zu spät ist!
Spenden auf das Konto „Reichssammlung Brüder in Not“ nehmen entgegen:
Die Preussische Staatsbank, Berlin W. 56, Markgrafenstraße 38. Postfachkonto, Berlin NW. 7, Nr. 65 600. Die Hauptgeschäftsstelle des Reichsausschusses „Brüder in Not“, Berlin W. 56, Oberwallstraße 1a, Prinzessinnenpalais.

Verderbliche Händedrucke.

Wie sind Wilson und Roosevelt krank geworden? Nicht allein das Biertrinken und das Rüssen ist schädlich, sondern sogar der unschuldige Händedruck. Also lehrt jetzt ein amerikanischer Arzt von offenbar italienischer Abkunft, Dr. Francesco Saccubelli in New York. Aber es ist diesmal nicht der chemische oder bakteriologische Beigeschmack, der die gute alte Sitte gefährlich macht, sondern der soziologische mechanische. Das Händedrücken macht nervös, und da es dabei nicht ohne mehr oder minder kräftiges Schütteln des Armes abgeht, werden die Armerben, die zum Rückenmark führen, in Schwingungen gesetzt. Wenn das auch nur ganz sanft geschieht, worauf man in Amerika bekanntlich niemals rechnen kann, so summiert sich doch die Wirkung. Schließlich erkranken die Nerven-Zentren, das Rückenmark, das Gehirn. Und das sind bekanntlich auch in Amerika eblere Teile.

Wer das nicht glaubt, der braucht sich bloß den unglücklichen früheren Präsidenten Wilson anzusehen! Daß es ihm jetzt so herzlich schlecht geht, ist nur die Folge von dem ewigen unstillen Händeschütteln. Es gehört bekanntlich sowohl bei den Demokraten wie bei den Republikanern, wie auch bei den kleineren Parteirichtungen, die ja nicht ins Gewicht fallen, zu den unantastbaren echt amerikanischen Gepflogenheiten und Rechten, daß jeder Bürgermann seinem Präsidenten die Hand schütteln darf. Nicht allein dem Präsidenten, sondern auch dem, der es werden will. Man kann sich vorstellen, daß ein Mann von robuster Figur und festlichem Gleichmut den Strapazen eines Wahlkampfes gewachsen sein kann, wenn er auch da-